

MD-1493-1 und 2/88

Wien, 24. August 1988

Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die Änderung des Erb-  
rechts des unehelichen Kindes  
und des Ehegatten;  
Stellungnahme

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	53 GE 19 88
Datum:	29. AUG. 1988
Verteilt	5. SEP. 1988

*Haltkopf*  
*St. Bauer*

An das  
Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der  
Beilage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem  
im Betreff genannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Beilagen

*Peischl*  
Dr. Peischl  
Magistratsvizedirektor



## WIENER LANDESREGIERUNG



Dienststelle MD-Büro des Magistratsdirektors

Adresse 1082 Wien, Rathaus

Telefonnummer 42 800-4229

MD-1493-1 und 2/88

Wien, 24. August 1988

Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die Änderung des Erb-  
rechts des unehelichen Kindes  
und des Ehegatten;  
Stellungnahme

zu Zl. 6.003/13-I 1/88

An das  
Bundesministerium für Justiz

Auf das do. Schreiben vom 14. Juni 1988 beehrt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Es entspricht vielmehr einem von Wien bereits seit Jahren verfolgten Anliegen.

Zu Art. I Z 9 (§ 75B ABGB) erscheint jedoch eine Änderung des Entwurfes wünschenswert:

In den Erläuterungen zu dieser Bestimmung wird ausgeführt, daß die Kinder des Erblassers bei dessen Tod meist schon erwachsen bzw. selbständig seien und den Hausrat daher nicht benötigten.

Gegen diese Argumentation ist zwar im Prinzip nichts einzuwenden, es wird dabei jedoch übersehen, daß es auch Fälle gibt, in denen Kinder des Erblassers noch minderjährig

- 2 -

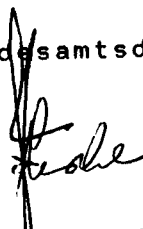
sind, mit diesem in der Regel im gemeinsamen Haushalt gelebt haben und daher die Gegenstände des Hausrates mindestens ebenso dringend benötigen wie der überlebende Ehegatte.

Um minderjährigen Kindern in dieser Situation eine stärkere rechtliche Stellung einzuräumen, wird vorgeschlagen, § 758 ABGB etwa wie folgt zu formulieren:

"Sofern der Ehegatte nicht rechtmäßig enterbt worden ist, gebühren ihm als gesetzliches Vorausvermächtnis die zum ehelichen Haushalt gehörenden beweglichen Sachen (Hausrat) neben minderjährigen Kindern des Erblassers, welche mit diesem im gemeinsamen Haushalt gewohnt haben, jedoch nur das für den eigenen, seinen bisherigen Lebensverhältnissen angemessenen Bedarf Nötige."

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Reischl  
Magistratsvizedirektor